

EDITORIAL



**LIEBE LESERINNEN  
UND LESER,**

nicht nur in Berlin haben Union und FDP einen Fehlstart produziert. Auch in Niedersachsen hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Jahresauftakt nicht zu nutzen gewusst. Zunächst greift CDU-Rechtsausleger und Innenminister Uwe Schünemann in anmaßender Weise die EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann für ihre nachdenkliche Neujahrspredigt zum Thema Afghanistan an. Dann kippt FDP-Umweltminister Hans-Heinrich Sander aus rein populistischen Gründen die Hannoveraner Umweltzone, deren Basis Sanders Ministerium 2006 selbst gelegt hatte. Besonders problematisch ist die Urlaubsreise des Ministerpräsidenten Christian Wulff vom Dezember 2009. Bis zum Redaktionsschluss dieser »Til«-Ausgabe war der Verdacht einer Vorteilsnahme im Amt nicht ausgeräumt. Fest steht aber bereits: Das Saubermann-Image des Ministerpräsidenten war einmal.

Euer

*Wolfgang Jüttner*

Wolfgang Jüttner  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

## FÖRDERUNG NACH KASSENLAGE GEFÄHRDET UNSERE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaftskrise in Deutschland dauert unvermindert an. Obwohlerste Anzeichen einer leichten Belebung erkennbar sind, ist für das Jahr 2010 ein Durchschlagen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu befürchten. In dieser Situation kürzt die Landesregierung die Mittel für Einzelbetriebliche Investitionsförderung von 150 Millionen auf 60 Millionen Euro und reduziert gleichzeitig die Fördersätze. »Die Landesregierung darf angesichts der Wirtschaftskrise nicht länger Politik nach Kassenlage betreiben, sondern muss durch eine aktive Förderpolitik helfen, die Auswirkungen der Krise in Niedersachsen zu beschränken.«, sagt Gerd Will, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Das Land hatte die Mittel und die Fördersätze der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung (GRW) für das Jahr 2009 mithilfe des Bundes kräftig aufgestockt bzw. erhöht. Damit konnten die Zuschussmittel auf 150 Millionen Euro verdoppelt werden.

Bereits zum Ende des Jahres 2009 war jedoch erkennbar, dass die Mittel aufgrund der starken Nachfrage nicht ausreichen

würden. Trotzdem wurden noch kurz vor der Bundestagswahl Informationsveranstaltungen durch die NBank organisiert, in denen die Unternehmen aufgefordert wurden, weitere Förderanträge zu stellen, um der Wirtschaftskrise damit entgegenzuwirken. Dem Wirtschaftsministerium muss zu diesem Zeitpunkt bereits klar gewesen sein, dass die Fördermittel für 2010 massiv zurückgeführt werden würden. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Niedersachsen, sagte dazu: »Mit dieser Aktion hat das Wirtschaftsministerium den Firmen keinen guten Dienst erwiesen.«

Für bereits im Bewilligungsverfahren befindliche Vorhaben wurden zudem rückwirkend strenge Zuwendungsvoraussetzungen eingeführt, von denen die Unternehmen erst nachträglich erfuhren. Im Ergebnis führt dies dazu, dass – anders als in früheren Jahren – massenhaft Förderanträge gänzlich abgelehnt werden. Gerd Will: »Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und dem Land wird damit massiv gestört.« ■



Gerd Will,  
wirtschaftspolitischer  
Sprecher der SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

## FRAKTIONSARBEITSPROGRAMM 2010: FÜR EINEN SCHULTERSCHLUSS ZWISCHEN ALLEN POLITISCHEN EBENEN

2008 beschloss die SPD-Landtagsfraktion nach der verlorenen Landtagswahl: Wir wollen unsere Öffentlichkeitsarbeit intensivieren und unsere Ziele den Menschen in Niedersachsen näher bringen. Mehr öffentliche Veranstaltungen und Bereisungen sollten den Dialog mit den Menschen in Niedersachsen verbessern. Die Beschlüsse haben wir umgesetzt. Wir werden dies auch weiterhin tun.

Das letzte Jahr hat aber gezeigt: Das reicht nicht aus. Wenn wir unser Profil schärfen wollen, dann müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen Ebenen »mit einer Zunge sprechen«. Der Bogen abgestimmter Arbeit muss sich von der Kommunalpolitik über die Landespolitik bis nach Berlin spannen. Darauf legen wir nun 2010 unser Hauptaugenmerk.

Bereits im Februar werden wir damit beginnen. Wir laden alle sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden aus den



Foto: Reichert

Kommunen zu einem Gespräch darüber ein, wie wir zukünftig Kommunal- und Landtagspolitik noch besser verzahnen können. Mit den »Berlinern« werden wir am 4./5. Februar darüber diskutieren.

Unser Motto für 2010 lautet: »Gemeinsam sind wir stark.« ■

Das Arbeitsprogramm 2010,  
den Rechenschaftsbericht der  
geleisteten Arbeit seit Mai  
2008 sowie die Einladung  
zum Gespräch mit den  
Fraktionsvorsitzenden finden  
Sie auf:

[www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de)

# ATOMMÜLL RAUS AUS DER ASSE!



Foto: Reichert

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat die bange Frage um die Zukunft des Atommülls aus der Asse beantwortet. Das Ergebnis des schwierigen Prüfauftrags wurde am 15. Januar der Öffentlichkeit vorgestellt: Der eingelagerte atomare Müll soll aus der Asse hinausgeschafft werden.

Für die SPD-Fraktion steht fest, dass die Rückholung erste Wahl sein muss, um das marode Bergwerk und die Grundwasser vor einer atomaren Verseuchung zu sichern. Die Kosten für die Bergung des atomaren Abfalls belaufen sich auf Milliardenhöhe, die Finanzierung ist noch unklar. Der Bund verhandelt aktuell über längere Laufzeiten von Atomkraftwerken. Ministerpräsident Wulff hat schon verlauten lassen »Die Laufzeitverlängerung gibt es nicht zum Nullta-

rif«. Soll hier mit Rückenwind der CDU/FDP-Landesregierung auf Bundesebene die Finanzierung des Atommülls ausgehandelt werden und dafür eine Laufzeitverlängerung der Atommeiler zustande kommen?

Unterdessen geht die Arbeit im parlamentarischen Untersuchungsausschuss weiter. Wolfgang Jüttner, der Fraktionsvorsitzende hat am 7. Januar eine umfassende Aussage gemacht. Jüttner war von 1998 bis 2003 Umweltminister in Niedersachsen und stellte heraus, welchen Einfluss er auf die Informationspolitik des damaligen Betreibers, der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF), genommen hat. Erst auf seinen massiven Druck hin, kam diese ihrer vertraglichen Verpflichtung nach Öffentlichkeitsarbeit nach und die Aufklärung

erhielt so erst eine Chance. Versuche von CDU/FDP im Ausschuss, die nach heutiger Sicht falsche Entscheidung, die Schließung der Asse nach Bergrecht statt Atomrecht zu betreiben, Jüttner anzulasten, verliefen im Sand. Es wurde deutlich, dass die Verantwortung hierfür 1997 die schwarz-gelbe Bundesregierung trug.

Neuigkeiten brachte die Vernehmung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, die deutlich die Verantwortung für die Asse scheute und überfordert war. Als »Eigentümerin« hätte sie bereits seit 2007 Kenntnisse darüber haben müssen, dass das Helmholtz-Zentrum erhebliche Probleme hatte – aber sie blieb untätig. Die Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort war erschreckend ignorant. So wurden persönliche Schreiben des ASSE-II-Koordinationskreises (A2K) nicht beantwortet und die Akteneinsicht der AG-Optionenvergleich verweigert. Erstaunlich auch das Verhalten von Wulff: Den Akten der Staatskanzlei ist zu entnehmen, dass die Inkompetenz des Helmholtz-Zentrums und das Ausmaß des Risikos »Asse« bekannt war. Eine Unterzeichnung der CDU-Parteifreundin Schavan hat es wohl nicht gegeben, weil sie sich während der Zeugenvernehmung überrascht zeigte. Weiterhin hat sich herausgestellt, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gegen die Übernahme des maroden Bergwerks in die Zuständigkeit des damaligen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel war, auf dessen intensives Drängen der gesamte Prozess erst zustande kam. ■

## ERFOLG DER SPD: GEMEINSAMER ENTSCHEIDUNGSANTRAG ZUR WERRAVERSALZUNG



Ronald Schminke, SPD-Abgeordneter aus Hann. Münden

Seit mehreren Jahren schon geht es um das Salz in der Werra. Hintergrund für den Streit zwischen Umweltverbänden, Parteien und Ländern ist das Vorhaben des Kali und Salz Konzerns, auch in Zukunft seine umweltschädlichen Rückstände in Form von Salzlaugen zu entsorgen. Damit die unsägliche Verklappung direkt in die Werra geändert werden kann, hat Kali und Salz eigens einen Runden Tisch eingerichtet, der nach gut einem Jahr Arbeit eine vermeintliche »allround-Lösung« präferiert: Eine Pipeline aus dem hessischen Bergland bis in die Nordsee. Ob eine solche Pipeline

genehmigungsfähig ist und wann überhaupt eine technische Umsetzung erfolgt ist allerdings fraglich. Bis dahin würde die Salzlauge weiter wie bisher eingeleitet. Die Auffassung des Konzerns, dass sich das Land Niedersachsen an den Kosten für die Pipeline zu beteiligen habe, hat dann die Geduld der Parlamentarier von SPD, CDU und FDP überstrapaziert. Der SPD-Abgeordnete Ronald Schminke, Weser-Anwohner, hatte bereits im August einen Vorstoß unternommen. Mit dem Entschließungsantrag »Kali und Salz auf den Stand der Technik verpflichten«, forderte die SPD

die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass der weltweit agierende Konzern die Laugen verfestigt und umweltschonend entsorgt. Diese Alternative wird von Kali und Salz ignoriert. Durch die Aufklärungsarbeit der SPD ist es nun zu einem gemeinsamen Entschließungsantrag von SPD, FDP und CDU gekommen. Er fordert die schädlichen Salzeinleitungen zu beenden und den Einsatz der am besten verfügbaren Technik durch den Konzern. Damit ist es der SPD gelungen, in Niedersachsen eine starke gemeinsame Position zu erarbeiten. ■

# KINDERLÄRM IST ZUKUNFTSMUSIK

SPD startet parlamentarischen Vorstoß zur Neubewertung von Kinderlärm.

Von Stefan Klein

Kinderlärm soll künftig kein Grund mehr sein für Klagen bei Gericht. Das ist das Ziel eines Vorstoßes der SPD-Fraktion. Die CDU/FDP-Landesregierung soll einer entsprechenden rheinland-pfälzischen Bundesratsinitiative beitreten.

Hintergrund ist, dass in Deutschland und Niedersachsen eine wachsende Intoleranz gegenüber spielenden Kindern zu beobachten ist. Immer wieder klagen Nachbarn gegen angebliche Lärmbelästigungen durch Kinder. Alle reden von mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit – nur wenn es drauf ankommt, dann werden oftmals Bau- und Verkehrslärm eher akzeptiert als lautes Spielen. Dabei ist Lärmen beim Spiel Ausdruck kindlichen Verhaltens. Kinder brauchen Freiräume, um spielerisch soziales Verhalten zu erlernen und sich geistig wie körperlich zu entwickeln. Klagen gefährden immer wieder aufs Neue diese Freiräume.

Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt solche Klagen ab. Sie will nach Erhebungen des Deutschen Kinderhilfswerkes vielmehr, dass das Recht der Kinder auf Spiel stärker gesichert wird.

In dieser Situation will die Initiative des SPD-regierten Rheinland-Pfalz eine rechtliche Klarstellung erreichen:

1. Privilegierung von Kinderlärm im Bundes-Immissionsschutzgesetz, wonach Kinderlärm grundsätzlich

keine schädlichen Umweltwirkungen hat;

2. Sicherstellung im Zivilrecht, dass Kinderlärm in der Regel keine wesentliche Beeinträchtigung ist, sondern hingenommen werden muss;



Foto: shutterstock.com

3. Klarstellung im Baurecht, dass Kitas in Wohngebiete gehören – auch in reine Wohngebiete. Heute geht das nur per Ausnahmegenehmigung.

Mehrere Bundesländer wollen sich der Bundesratsinitiative anschließen, selbst

das schwarz-gelb regierte Baden-Württemberg. Das schwarz-gelb regierte Niedersachsen zögert mal wieder. Ohne zu Zögern und um der schnellen Schlagzeile willen hatte allerdings schon vor zwei Jahren die Sozialministerin öffentlich

Sympathien für eine solche Klarstellung signalisiert. Geschehen ist seitdem nichts. Nun heißt es für die Landesregierung: Nicht nur den Mund spitzen, sondern auch pfeifen und im Bundesrat dem Vorstoß von Rheinland-Pfalz zustimmen. ■



Stefan Klein, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Hier finden Sie den vollständigen Antragstext: [www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen\\_16\\_2500/1501-2000/16-1866.pdf](http://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_16_2500/1501-2000/16-1866.pdf)

Und hier die rheinland-pfälzische Bundesratsinitiative: [www.bundesrat.de/cln\\_152/SharedDocs/Drucksachen/2009/0801-900/831-09,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/831-09.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_152/SharedDocs/Drucksachen/2009/0801-900/831-09,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/831-09.pdf)

# FALSCHE BILDUNGSPOLITIK DRÜCKT ABITURQUOTE

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sieht die stark gesunkene Abiturquote von 27,7 Prozent 2008 als erneuten Beleg für eine falsche Bildungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung an. »Die Landesregierung darf dieses Alarmsignal nicht tatenlos hinnehmen«, erklärte Frauke Heiligenstadt.

»Zu Beginn des neuen Jahres zeigen sich die Auswirkungen einer über Jahre verfehlten Bildungspolitik. Fachlehrermangel, ein extremes Lerntempo, schlechte Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte, zu große Klassen, eine verfehlte Oberstufenreform und die miserable Einführung des G8 wirken sich jetzt aus«, zählte Heiligenstadt auf.

Seit der Umstellung der Gymnasien von G 9 auf G 8 habe sich zudem die Durchlässigkeit zwischen Realschulen und Gymnasien deutlich »von oben nach unten« verändert. Betrachte man allein den 7. Schuljahrgang, habe sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium, die von einer Realschule gewechselt haben, mehr als halbiert. Andererseits ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Realschulen, die von Gymnasien kommen, von 2,2 Prozent auf 3,5 Prozent gestiegen. »Das ist ein Verstoß gegen das im Schulgesetz verankerte Prinzip der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen«, sagte Heiligenstadt. ■

## SCHULFORMWECHSLER 2005 BIS 2008

### »Aufsteiger« von der Realschule zum Gymnasium (5. – 10. Schuljahrgang)

Schuljahr 2005/06: 0,4 % = 636 Schüler  
Schuljahr 2006/07: 0,3 % = 492 Schüler  
Schuljahr 2007/08: 0,2 % = 421 Schüler  
Schuljahr 2008/09: 0,2 % = 399 Schüler

### »Aufsteiger« von der Realschule zum Gymnasium (nur 7. Schuljahrgang)

Schuljahr 2005/06: 0,5 % = 137 Schüler  
Schuljahr 2006/07: 0,4 % = 122 Schüler  
Schuljahr 2007/08: 0,3 % = 92 Schüler  
Schuljahr 2008/09: 0,2 % = 76 Schüler

### »Absteiger« vom Gymnasium zur Realschule (5. – 10. Schuljahrgang)

Schuljahr 2005/06: 1,7 % = 3.015 Schüler  
Schuljahr 2006/07: 2,0 % = 3.554 Schüler  
Schuljahr 2007/08: 2,2 % = 3.809 Schüler  
Schuljahr 2008/09: 2,5 % = 4.329 Schüler

### »Absteiger« vom Gymnasium zur Realschule (nur 7. Schuljahrgang)

Schuljahr 2005/06: 2,2 % = 643 Schüler  
Schuljahr 2006/07: 3,1 % = 900 Schüler  
Schuljahr 2007/08: 3,2 % = 920 Schüler  
Schuljahr 2008/09: 3,5 % = 1.020 Schüler

Quelle: Nds. Kultusministerium

## SPD-FRAKTION FORDERT DEUTLICHE ÄNDERUNGEN AM ERBBAURECHT



Frauke Heiligenstadt,  
SPD-Abgeordnete aus  
Northeim

Mit einem Entschließungsantrag will die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die Landesregierung dazu bringen, sich um das Los vieler Tausend Hausbesitzer in Niedersachsen zu kümmern. Hintergrund ist der Streit zwischen Erbbaurechtsnehmern und der Klosterkammer Hannover als größtem Besitzer von Erbbaurechtsgrundstücken in Niedersachsen. »Wir gehen die Probleme der Erbbaurechtsnehmer an, die sich aus veralteten Rechtsnormen und der wenig flexiblen Praxis der Klosterkammer ergeben«, erklärt die SPD-Landtagsabgeordnete Frauke Heiligenstadt (Northeim).

Die Klosterkammer Hannover als Landesbehörde verfügt derzeit über rund 30.000 Erbbaurechtsgrundstücke. Aktuell sind in Niedersachsen Tausende Erbbaurechtsverträge zwischen der Klosterkammer und Hausbesitzern ausgelaufen oder stehen kurz vor dem Ende. Wollen die Hausbesitzer einen Anschlussvertrag, sehen sie sich nun mit immens höheren Erbbauzinsen konfrontiert, da der Grundstückswert über die Jahrzehnte stark gestiegen ist. Betroffene berichten von Steigerungen der Zinslasten zwischen 500 und 700 Prozent. Versuche von Betroffenen, die Grundstücke von der Klosterkammer zu erwerben, etwa um den gestiegenen Zinsbelastungen zu entgehen, scheiterten bislang an der Weigerung der Klosterkammer zu verkaufen.

»Hier besteht eindeutig Handlungsbedarf«, erklärte Heiligenstadt. »Wir fordern die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Klosterkammer als Landesbehörde zukünftig individuelle Lösungen etwa beim Erbbauzins oder beim Vorkaufsrecht ein-

räumt«, so die SPD-Abgeordnete. Die Weigerung der Klosterkammer, Grundstücke zu verkaufen, führt zudem in einigen Regionen Niedersachsens dazu, dass Stadtentwicklung und Gewerbeansiedlungen nachhaltig behindert werden. ■

### HARTMUT NEUMANN ERHÄLT DEN KUNSTPREIS 2009 DER SPD-LANDTAGSFRAKTION



Eine unabhängige Jury wählt alljährlich einen Künstler aus, an den der mit 5.500 Euro dotierte Kunstpreis verliehen wird. Die Verleihung fand am 18.1.2010 im Landesmuseum Hannover statt. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Jüttner (links) überreichte Hartmut Neumann den Kunstpreis, Barbara Alms, Leiterin der Städtische Galerie Delmenhorst hielt die Laudatio. ■ Foto: Reichert

## KLARHEIT FÜR DIE RETTUNGSDIENSTE SCHAFFEN!

Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat über eine Anfrage erreicht, dass die Landesregierung ihr Lavieren

in der Frage der Vergabe von Rettungsdienstleistungen in der Region Hannover vorerst beendet hat.

»Während das Innen- und das Wirtschaftsministerium die Meinung vertraten, hier müsse eine Ausschreibung nach dem Vergabegesetz erfolgen, teilte der Ministerpräsident in einem Schreiben mit, dies sei nicht der Fall. So kann eine Landesregierung nicht agieren. Vor allem nicht, wenn es um die durch eine Ausschreibung bedrohte Zukunft einer Vielzahl von Arbeitsplätzen und um unverzichtbare ehrenamtliche Tätigkeit geht«, begründete SPD-Innenpolitiker Klaus-Peter Bachmann die Anfrage.

Innenminister Schünemann erklärte nun, eine Ausschreibung sei nicht notwendig. Pikant sei allerdings, so Bachmann, dass Minister Schünemann eine Ausschreibung auch weiterhin nicht empfehle. Der Minister sei also mindestens im Unklaren über das bisherige Verhalten seines Hauses. ■



Foto: shutterstock.com

#### Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag  
Verantwortlich:  
Dr. Cornelius Schley,  
Geschäftsführer SPD-Fraktion  
Niedersachsen  
Redaktion: Olaf Reichert,  
olaf.reichert@lt.niedersachsen.de  
Anschrift:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
www.spd-landtag-nds.de  
Layout & Satz: Anette Gilke  
mail@AnetteGilke.de